

München, 9. November 2010

## **Spitzengespräch mit Finanzminister Georg Fahrenschon zu den Sparbeschlüssen des Kabinetts**

**Der BBB-Vorstand ist heute zu einem Spitzengespräch mit Finanzminister Georg Fahrenschon zusammengetroffen. Unmittelbar im Anschluss an die Beschlüsse des Kabinetts in seiner Klausurtagung am Tegernsee wurde der BBB über Details der beabsichtigten Maßnahmen informiert. Der Vorstand nutzte das Gespräch, um deutlich herauszustellen, dass die Vorhaben zu heftigen Reaktionen und deutlichem Unmut unter den Beschäftigten geführt haben.**

Staatsminister Fahrenschon listete nochmals die Beschlüsse des Kabinetts auf:

- Nullrunde für die bayerischen Beamtinnen und Beamten in 2011
- Beibehaltung der bereits im September beschlossenen Verlängerung der Wiederbesetzungssperre von drei auf zwölf Monate
- Grundsätzliche Absenkung der Eingangsbesoldung um eine Besoldungsgruppe
- Aussetzung der Leistungsbesoldung
- Befristete Aussetzung der Zuführungen zu Versorgungsfonds und -rücklage
- Streichung der Jubiläumswendungen
- Absenkung der Tagegelder und Wegstreckenentschädigung an die steuerlichen Sätze

Daneben erging ein Prüfauftrag, mit dem geklärt werden soll, ob die derzeitigen Selbstbehalte im Rahmen der Beihilfe durch eine sozial gestaffelte Kostendämpfungspauschale ersetzt werden sollten.

Die Pläne wurden – soweit möglich – im Einzelnen erörtert. Insbesondere hinsichtlich der Absenkung der Eingangsbesoldung steht die konkrete Ausgestaltung noch nicht fest.

### **BBB kritisiert einseitige Belastung des öffentlichen Dienstes**

Der BBB-Vorstand brachte seine Positionen deutlich vor. Angesichts des derzeit allseits angepriesenen wirtschaftlichen Aufschwungs und der positiven Ergebnisse der Steuerschätzung seien diese Maßnahmen für die Beschäftigten kaum nachvollziehbar. Die Beschlüsse hätten zu heftigen Reaktionen geführt. Vor allem über die Nullrunde könne und dürfe das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Besonders kritisiert wurde, dass zahlreiche Maßnahmen dem Grundgedanken des Neuen Dienstrechts entgegenstehen. Aussetzung der Leistungsbesoldung, Absenkung der Eingangsbesoldung und auch die Wiederbesetzungssperre vertragen sich nicht mit dem Leistungsgedanken. Hinsichtlich der Streichung der Jubiläumswendungen und der Absenkung der Tagegelder und Wegstreckenentschädigung stehe der entstehende Ärger in keinem Verhältnis zum zu erwartenden Ertrag. Stattdessen müsse dringend auch auf die Einnahmenseite eingewirkt werden. Der

öffentliche Dienst sei in keiner Weise dafür verantwortlich, dass der Haushalt nicht so „rosig“ sei, wie er sein könnte.

### **Finanzminister legt andere Maßstäbe an**

Der Minister wies darauf hin, dass – auch noch in der Kabinettsitzung – sehr viel schwerwiegendere Eingriffe im Gespräch gewesen wären, wie die Kürzung der Sonderzahlung, die Verschiebung des Neuen Dienstrechts und der damit verbundenen Stellenhebungen sowie weitergehende Eingriffe bei der Beihilfe (Selbstbehalte in Höhe von mehreren hundert Euro), denen er sich entgegengestellt habe. Er wisse die engagierte und gute Arbeit des öffentlichen Dienstes sehr wohl zu schätzen und diese Anerkennung habe sich auch in konkreten Maßnahmen niedergeschlagen, wie die Rückführung der Arbeitszeit sowie die unbefristete Verlängerung der Altersteilzeit. Zu bedenken sei auch, dass Beschäftigte in der freien Wirtschaft, die nun am wirtschaftlichen Aufschwung beteiligt werden sollen, z. B. infolge von Kurzarbeit in den letzten Jahren erhebliche finanzielle Einbußen erlitten hätten. Zur gleichen Zeit hätte der öffentliche Dienst Anpassungen erhalten.

### **Weiteres Verfahren**

Die Pläne sollen nun in konkrete Regelungen gefasst werden und entsprechend dem Auftrag des Kabinetts in den nächsten Tagen in die Beteiligung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen gehen. Diese muss – so die Ankündigung – mit einer Frist von drei Wochen erfolgen, um einen rechtzeitigen Abschluss bis zur endgültigen Beschlussfassung des Ministerrats am 21. Dezember 2010 zu ermöglichen.